

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewandindustrie, in Scheibenspitzereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom Deutschen Bauwerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1</p>	<p>Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif. Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 M.</p>
---	---	---

Vom 13. Deutschen Gewerkschaftskongress.

Der dritte Verhandlungstag des 13. Deutschen Gewerkschaftskongresses brachte zunächst einen mit lebhaftem Beifall belohnten Vortrag des Genossen Raphael über „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“. Unser Ruf nach Wirtschaftsdemokratie bedeute keineswegs ein Abrücken von der Ideenwelt des Sozialismus. Vielmehr soll durch Wirtschaftsdemokratie der Weg zur Verwirklichung des Sozialismus geklärt werden. Der Alleinherrschaft des Privatkapitalismus muß die Demokratie der arbeitenden Menschen entgegengestellt werden. Immer schärfer tritt den Sonderinteressen der Kapitalistenklasse das Interesse der Gesamtheit entgegen. Die höchste Form autokratischer Wirtschaftsbeherrschung in Gestalt nationaler und internationaler Kartelle und Trusts ruft eine Gegenbewegung der Gesamtheit hervor. Diese verlangt eine Kontrolle der privatkapitalistischen Monopole durch den demokratischen Staat. Daneben muß die Arbeiterschaft an der Führung der großen Monopolorganisationen beteiligt sein. Unvollkommene Ansätze in dieser Richtung sind bereits bei Kohle und Kali vorhanden. Das Anwachsen der öffentlichen Betriebe ist ein ganz besonderes Anzeichen moderner Wirtschaftsentwicklung. Daneben treten als unkapitalistisches Element noch die Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft, ihre Konsumgenossenschaften, ihre Arbeiterbank und ihre Eigenbetriebe. Ferner hat sich auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes eine Wandlung vollzogen. Früher war der Arbeiter ökonomischer Träger des Privatkapitals. Heute regeln in hervorragender Weise Arbeitsnachweise Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Ferner ist an die Stelle persönlicher Vertragsabstufung heute das kollektive Arbeitsrecht getreten. Mit sozialen Gesetzen hat der Staat immer mehr in die „Freiheit der Wirtschaft“ eingegriffen. Mit der Arbeitslosenversicherung wurde der Keim gelegt für ein neues soziales Güterrecht, für die Umgestaltung der Verteilungsordnung. In der Frage der Rationalisierung, soweit sie nicht auf Kosten der Arbeiterknochen vorgenommen wird, was als Pseudorationalisierung zu bezeichnen wäre, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitervertreter erforderlich. Auch die Frage der Rationalisierung mündet in die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft. So spielt sich der Prozeß der Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in unendlich vielfachen Formen ab. Alle unsere Gegenwartsforderungen tragen den gemeinsamen Charakter, daß sie gegenüber der kapitalistischen Alleinherrschaft eine Demokratisierung der Wirtschaft anstreben. Die Verwirklichung bringt neben größeren Rechten auch größere Pflichten. Zu ihrer Ausübung gehört erhöhtes Wissen. Das wieder ist eine Bildungsfrage für die Arbeiter. Darum müssen wir auch immer wieder die Befreiung des heutigen Bildungsmonopols der Reichen verlangen. Die Schulgemeinschaft muß den Bildungsgang des jungen Menschen sichern. — Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über den Weg der Demokratisierung der Wirtschaft. Die Forderung der Wirtschaftsdemokratie bedeutet den beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse aus geistiger und körperlicher Knechtschaft, den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus!

In der Aussprache wurde nachdrücklich auf die Wichtigkeit des Betriebsrätesystems hingewiesen, es sei ein erster — wenn auch noch unvollkommener — Ausdruck unmittelbarer Wirtschaftsdemokratie. Der Ausbau dieser Einrichtung sei mit allen Kräften zu

fördern. Auch sonst müßten die Arbeiter überall, nicht zuletzt in ihren Eigenbetrieben, im Sinne der Förderung der Gemeinwirtschaft wirken. Das geeinte Streben nach vollkommener Wirtschaftsdemokratie sei eine Forderung der Zeit, die Durchführung der Weg zur letzten wirtschaftlichen Vollkommenheit, dem Sozialismus. Im Schlußwort betonte Raphael noch ganz besonders die Wichtigkeit der Betriebsräte, schon heute fallen ihnen große und wichtige Aufgaben zu.

Du sollst

Du sollst dich nicht treten lassen;
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen;
Du sollst dich nicht ausaugen lassen;
Du sollst den Sklavenfinn von dir tun;
Du sollst die Knechtseligkeit von dir tun;
Du sollst dich nicht hängen vor einem lebendigen Menschen, denn er ist nicht mehr als du!

Jacoby.

Eine wichtige Position sei auch die Stellung des Betriebsrats im Aufsichtsrat. Hier dürfte manche Anregung zugunsten der Betriebsbelegschaft Beachtung finden, allerdings wäre von dieser Tätigkeit ein wesentlicher Einfluß auf die Wirtschaftsführung unter den heutigen Umständen selten zu erwarten. Hier ist noch eine Umformung durch staatlichen Eingriff nötig. Die Demokratisierung der Wirtschaft gehört in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften. Arbeiten wir nunmehr in diesem Sinne!

Die Entschliebung über Demokratisierung der Wirtschaft wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Einige andere Entschliebungen, die die Unterstützung der Eigenbetriebe der Arbeiter und der Arbeiterbank fordern, wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf sprach Hermann Müller vom Bundesvorstand über die Notwendigkeit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung. In der vorliegenden Entschliebung sei nichts gesagt über die Leistungen der Sozialversicherung. Der Ausbau der Leistungen werde nach wie vor dringend gefordert. Heute handele es sich um die Organisation der Sozialversicherung, die Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungsträger und den Ausbau der Selbstverwaltung. Die Forderung sei nicht neu, jedoch sei ihr bisher nicht entsprochen worden. Bei der Zusammenfassung müsse die Arbeitslosenversicherung ausgeschieden, sie liege auf wirtschaftlichem Gebiete. Auch die Versorgung der Kriegsbeschädigten sei auszuscheiden. Die Zusammenfassung müsse sich erstrecken auf die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung. Im letztgenannten Zweige werde sich wegen der dann notwendigen Angleichung der Invalidenversicherung die Zusammenlegung auch nicht sofort verwirklichen lassen. In den übrigbleibenden Versicherungszweigen seien die Unterschiede groß, noch größer aber die Zusammenhänge. Bei der Krankenversicherung handele es sich um vorübergehende, bei der Invalidenversicherung um dauernde Leistungen. Die Unfallversicherung stehe auf der Mittellinie. In allen Fällen, die beide Versicherungszweige angehen,

triff zunächst die Krankenversicherung in Tätigkeit, dann erst führt der Fall zu einem andern Versicherungsträger. Im Jahre 1926 gab es in Deutschland 7577 Krankenkassen. Reichsgesetzliche Unfallversicherungsträger gab es 602, in der Invalidenversicherung 35. Insgesamt arbeiteten 1926 nebeneinander 8217 Versicherungsträger. Dieses Nebeneinander schädige die Versicherten und verteuere den Apparat. Wie soll nun der neuzuschaffende Versicherungsträger aussehen? Er soll groß und einheitlich sein und alle hier genannten Versicherungszweige umfassen. Zu gliedern wäre er nach seinen speziellen Aufgaben und nach Wirtschaftsbezirken. Daß dies geht, beweisen die über das ganze Reich verbreiteten Erbschaftskassen und die Berufsgenossenschaften. Die Krankenkasse müsse der Unterbau sein; was sich daneben aufbaut, sei Organisations- und Verwaltungsache. Dies wäre ein weitgehender Ausgleich aller Risiken, ferner könnte das Reich mit einem dichten Netz von Heilstätten und Erholungsheimen überzogen werden. — Unter Selbstverwaltung verstehe man in der Arbeiterversicherung den überwiegenden Einfluß der Versicherten. Ein solcher Einfluß wäre eigentlich selbstverständlich, denn in der Sozialversicherung handele es sich um Angelegenheiten der Versicherten, folglich müsse bei ihnen auch der entscheidende Einfluß liegen. Die Gewerbeaufsicht müsse eine Sache des Reiches werden. Eine Reichsgewerbeaufsicht, gegliedert nach Wirtschaftsbezirken, würde einen Stab von Aufsichtsbekanntmachern, der einheitlich und prompt arbeiten könnte. Auch hier wäre ein Selbstverwaltungskörper einzuschließen. Die Vertreter der Versicherten und der Unternehmer in den verschiedenen Körperschaften der Sozialgesetzgebung wären zu benennen durch die wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer und der Arbeiter. Dies entspräche den großen Wandlungen des Rechts, der Umwandlung in das kollektivistische Recht, wodurch der Einzelwille zum Gesamtwillen der Allgemeinheit wird!

Auch zu diesem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag war die Aussprache sehr lebendig. Alle Redner forderten in dieser oder jener Weise den Ausbau der Sozialversicherung, forderten Vereinheitlichung und Selbstverwaltung der Sozialgesetzgebung. Nach einem Schlußwort Müllers wurde die vom Vorstand und Ausschuß vorgelegte Entschliebung einstimmig angenommen. Eine Anzahl Anträge, die in der Invalidenversicherung zum Bezug der Rente die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre und außerdem Rentenerhöhung fordern, ferner die Invaliditätsgrenze von 66% auf 50% der Erwerbsunfähigkeit herabzusetzen und die Befreiung der Innungskrankenkassen verlangen und als Uebergang dazu fordern, daß bei Errichtung von Innungskrankenkassen mindestens 500 Mitglieder und ein genügender Kapitalgrundstock vorhanden sein müssen, wurden teils angenommen, teils dem Bundesvorstand als Material oder zur dringenden Beachtung überwiesen.

Hierauf sprach Otto Heßler zu den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Diese Arbeit ist zweckbestimmt. Sie soll aber nicht nur die Verbandskräfte schulen, sondern auch zum Gemeinfinn erziehen. Die Volks- und Berufsschulen sind für uns besonders wichtig. Im Reichsschulgesetz muß die Weltlichkeit der Schule leitender Gedanke sein. Ferner soll die Schule Werkunterricht pflegen. Die Schulzeit wäre zu verlängern. Bei der Lehrerbildung dürfe die Pflege der Sozialwissenschaften nicht vergessen werden. Die Auslese geeigneter Kräfte für den

Lehrerberuf muß gefördert und verbreitert werden. Das Berufsschulwesen als organischer Bestandteil der Berufsausbildung sei reichsgesetzlich zu regeln. Verwirrung herrscht noch in der Schulaufsicht und Schulverwaltung. Vom Standpunkt eines einheitlichen Schulwesens müßten den Landesministerien alle Schularten untergeordnet werden. Sogenannte Berechtigungen müßten alle Schulen erteilen dürfen. Kleine Gemeinden sollten gemeinsame Schulverbände bilden. Moderne Lehrwerkstätten sind unumgänglich. Die Gewerkschaften müssen mitwirken am Berufsschulwesen durch Fühlungnahme mit der Lehrerschaft, durch Mitwirkung in Schul- und Fachbeiträgen. Später hat dann die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einzusetzen. Wir unterscheiden Massenbildung durch Werbung und Aufklärung, und besondere Schulung solcher Kollegen und Kolleginnen, die mit der Durchführung besonderer Funktionstätigkeit zu betrauen wären. Dies letztere bedingt der wachsende Kreis der gewerkschaftlichen Aufgaben. Die Funktionäre sind die Träger unserer Bewegung. Ihre geistige Ausbildung soll künftig in modernen Heimtschulen vor sich gehen. Gedacht sind Einführungs-kurse und Speziallehrgänge. Die Schulen sollen nicht nur Stätten des Lernens sein, sie sollen auch kulturelle Anregungen bieten. Eine tiefgehende, lebendige Bildungsarbeit ist auch der beste Weg, die Jugend zu erobern. Das ist Arbeit an unserer Zukunft. Weitere Hilfsmittel sind Pflege und Förderung der Naturfreunde-bewegung, der Wanderbewegung, des Gelanges, der Volksbühnenbewegung. Die Arbeiter müssen durchdrungen werden mit geistigen und kulturellen Werten. Mit ihrer wachsenden Größe steigen die Gewerkschaften größeren Aufgaben zu. Der letzte Sinn des menschlichen Lebens ist die Tat. Hier gilt es, tätige Kräfte aufzurufen zu fruchtbarem, kulturellem Wirken!

Auch dieser Vortrag wurde mit großem Beifall belohnt. In der Aussprache ergriff auch, mit Händeklatschen begrüßt, der Reichsminister Carl Severing das Wort. Er freute sich der steigenden Macht der Gewerkschaften und ihrer Bildungsbestrebungen. Die Volks- und Berufsschule dürfe in der Entschließung nicht allein genannt werden, es müsse auch der Hochschulen gedacht werden. Wir müssen die Spitzen des deutschen Geisteslebens erobern, wir dürfen auch nicht dulden, daß Reaktionäre an der Spitze der Hochschulen stehen. In der Sozialpolitik haben wir die Zentrumspartei auf unserer Seite, aber nicht auf dem Gebiete der Kulturpolitik. Deshalb sei vor Illusionen gewarnt. Den Bau der Republik zu erhalten, ist die nächste Hauptaufgabe. Vor allem ist ihr Verwaltungsapparat noch nicht fest. Es gilt, unter Hochhaltung unserer Grundzüge, die Republik zu untermauern. Dabei darf man nicht über Zwirnsfäden stolpern, man muß das große Ganze im Auge haben. Auf dem Gebiete der Kulturpolitik müssen wir vor allem einen festeren Verwaltungsapparat schaffen. Regieren heißt vorausschauen! Das Privilegienrecht auf Bildungsmöglichkeiten muß durchbrochen werden. Die technische Nothilfe wird abgebaut. Das ist ein Vertrauensakt gegenüber den Gewerkschaften. Die dadurch ersparten Summen sollen den Bildungszwecken der Arbeiterschaft dienen. Ferner muß die staatsrechtliche Konstitution des Reiches geändert werden, wir müssen zum deutschen Einheitsstaat! Dann kann Gesetzgebung und Verwaltung auch in Kulturdingen von einer Stelle aus beeinflusst werden. Das ist das erste Erfordernis zur Schaffung wahrer Kultur! Im weiteren Verlauf der Aussprache unterstrichen fast alle Redner die Ausführungen des Berichterstatters; andere gaben den besonderen Wünschen ihres Verbandes Ausdruck. Ueber die Fortschritte des gewerkschaftlichen Schulwesens in den einzelnen Verbänden wurden erfreuliche Mitteilungen gemacht. Es geht mit Macht vorwärts auf diesem Gebiete! Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die vom Vorstand und Ausschuss vorgelegte Entschließung gegen eine Stimme angenommen.

Dann wurden die Anträge zu den Bundesausschüssen beraten. Ein Antrag des Vorstandes, der Bundeskasse monatlich einen Beitrag von 2 1/2 % für jedes männliche und von 1 1/4 % für jedes weibliche Mitglied zuzuführen, wurde gegen vereinzelte Stimmen angenommen. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, daß künftig Anträge an den Kongress nur noch vom Bundesvorstand, vom Ausschuss, von den Verbandsleitungen und von Bezirks- oder Ortsvereinen gestellt werden dürfen. Ein Antrag des Deutschen Bauergewerksbundes, wonach bei Arbeitswechsel der Uebertritt zur zuständigen Gewerkschaft schon nach 4 Wochen geschehen müsse, wurde von unserm Kollegen Otto eindringlich begründet. Leider verfiel der Antrag, der gestellt war, um eine einheitlichere Organi-

isationskraft zu schaffen, nachdem Larnow vom Holzarbeiterverband dagegen gesprochen, der Ablehnung. Mit einem andern Antrag hatte unser Bauergewerksbund mehr Glück. Er hatte für Verbände mit über 300 000 Mitglieder eine größere Vertretung im Ausschuss des AOBG. verlangt. Es wurde beschlossen, daß Verbände mit über 300 000 Mitgliedern 2, mit je weiteren 300 000 Mitgliedern je einen weiteren Vertreter in den Bundesausschuss entsenden dürfen. Ein Antrag, einheitliche Grundzüge in der Invalidentätigkeit der Verbände zu schaffen, wurde dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

Hierauf wurden sonstige Anträge beraten. Einstimmig wurde beschlossen, den Bundesvorstand zu veranlassen, dahin zu wirken, daß der 1. Mai, das Fest der Arbeiterinternationale, in Deutschland als gesetzlicher Feiertag anerkannt wird. Ein anderer Antrag, jedes dritte Parlamentsmandat der Sozialdemokratie müsse den Gewerkschaften gehören, wurde als berechtigt anerkannt, jedoch erklärt, daß dem Sinne des Antrages heute schon fast allgemein entsprochen werde. Dann wurde ein Antrag der Bauergewerkschaft Berlin beraten, in dem bestimmte, unsern Kollegen allbekannte Forderungen für eine vernünftige Wohnungsbaupolitik enthalten sind. Kollege Drügemüller begründete den Antrag. Er verlangte zur Behebung der Wohnungsnot einen planmäßigen, ausreichenden Wohnungsbau, die reiflose Verwendung der Hauszinssteuer für diesen Zweck, eine bevorzugte Behandlung der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, die Verbreitung eines fruchtbrenden Wohnungsbauwesens in der Richtung, daß nur von öffentlichen Körperschaften und gemeinnützigen Baugenossenschaften gebaut wird. Der Kongress sprach aus, daß der Vorstand des AOBG. in dieser Richtung fleißig tätig war. Es wird von ihm erwartet, daß er auf dem Gebiete des Wohnungsbaues in dieser von ihm schon vielfach bekundeten Weise weiterwirkt. Die Tätigkeit der Dewog wurde anerkannt. Auf Grund anderer Anträge wurde festgestellt, daß die Organisationsgrundsätze im AOBG. auch in Verbindung mit den befreundeten Angestellten- und Beamtenorganisationen Geltung behalten müssen.

Nachdem dann noch eine Entschließung über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben einstimmig angenommen, wurde das Resultat der Vorstandswahl zum AOBG. bekanntgegeben. Die hauptamtlich tätigen Mitglieder des Vorstandes wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Zu den Beisitzern im Vorstand gehört nunmehr auch unser Kollege Bernhard. Damit waren die Arbeiten des Kongresses erledigt. Für die ausländischen Gewerkschaften stufte Kapers Dank und Gruß ab, dann hielt der Vorsitzende Schumann das Schlußwort. Er dankte den Hamburger Gewerkschaften für den herzlichen Empfang und die geschickte Arrangierung der sonstigen Veranstaltungen. Er dankte der Jugend und den ausländischen Vertretern für die brüderliche Begrüßung dieser Tagung. Er dankte ferner den übrigen Gästen und den Teilnehmern des Kongresses für ihre Mitarbeit. Dann würdigte er das Ergebnis der Tagung. Sie hat alte Waffen geschärft und neue Wege gewiesen. Nun heißt es, weiter vorwärts zu schreiten! Durch Einigkeit zur Kraft, durch Kraft zur Macht! — Mit einem begeisterten Hoch auf die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung schloß Schumann. Dann sang der Kongress stehend den Sozialistenmarsch. Damit endete die Tagung des 13. Kongresses der deutschen Gewerkschaften.

Die wichtigsten auf dem 13. deutschen Gewerkschaftskongress angenommenen Entschließungen.

Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht.

Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Kritik zu eigen, die der Bundesausschuss in seiner Sitzung vom 16. Februar 1927 an dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes geübt hat. Er richtet erneut die Aufforderung an Reichsregierung und Reichstag, durch das Arbeitszeitgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig auf 8 Stunden täglich zu begrenzen. Der Kongress stellt fest, daß die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit, wie sie zuletzt durch das Arbeitszeitnotgesetz vom 8. April 1927 getroffen worden ist, weit entfernt ist von den Forderungen, die die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit erhoben haben. Die Gewerkschaften wollen, daß der Grundgedanke des Achtstundentages, dessen soziale, volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung heute niemand mehr ernsthaft zu bestreiten wagt, in allen Zweigen der Wirtschaft durchgeführt wird. Weiter sind die Gewerkschaften der Auffassung, daß schon nach dem heutigen Stand der Technik und der Arbeitsorganisation sowie der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt und wirtschaftlich tragbar wäre. Mit dem weiteren Fortschreiten der Rationalisierung muß diese Forderung immer dringlicher werden.

Diese Forderung erhebt der Kongress auch gegenüber dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, der infolge der zahlreichen Ausnahmen keineswegs eine Garantie für die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages gibt. Eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfs erfüllt nicht einmal die Bedingungen des Washingtoner Abkommens. Der Kongress erklärt er erneut, daß er die Vorschriften des Washingtoner Abkommens als ein Mindestprogramm auf dem Gebiet der Arbeitszeit betrachtet. Er erwartet von der Regierung und vom Reichstag, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes das mehrfach gegebene Versprechen zur bedingungslosen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingelöst wird. Er appelliert aber auch an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens nicht durch Verhandlungen über Abänderung der Konventionen zu verzögern.

Vom deutschen Arbeitszeitgesetz erwartet der Kongress eine großzügige Neuregelung des gesamten Arbeitszeitgesetzes. Dabei erscheint ihm unerlässlich die völlige Umgestaltung des die Arbeitsaufsicht behandelnden Abschnittes zu einer Reichsarbeitsaufsicht, deren Aufbau im einzelnen in dem vom AOBG. und dem A.F.L.-Bund veröffentlichten Gegenentwurf dargestellt ist. In dieser Reichsarbeitsaufsicht müssen die Durchführungsbehörden des Arbeitszeitgesetzes zusammengefaßt, die Arbeitsaufsicht vereinheitlicht und eine Selbstverwaltung in sie eingeschaltet werden. Der Kongress erwartet, daß Regierung und Reichstag nicht bei Halbheiten stehenbleiben, sondern die vorgeschlagene große Reform auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht durchführen werden.

Arbeitsmarktpolitik.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Vermittlung und Beschaffung von Arbeit sowie die Unterfertigung der Arbeitslosen auf eine neue Grundlage gestellt. Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands billigt die Grundgedanken dieses Gesetzes, das der Reichsanstalt als einer unabhängigen Selbstverwaltungsbehörde die große Aufgabe eines planmäßigen Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Gebote zu weisen, und die gleichzeitig den Rechtsanspruch der Arbeitslosen auf eine Unterfertigung im Falle der Arbeitslosigkeit anerkennen. Der Kongress ist sich aber bewußt, daß die Durchführung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung nur dann befriedigend erfolgen kann, wenn die Verwaltung der Reichsanstalt frei von bürokratischen Hemmungen in enger Verbindung mit den in der Wirtschaft Tätigen durchgeführt wird. Er richtet daher an Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt den Appell, durch Heranziehung wirtschaftlich gesunder Kräfte, die nach dem Grundgedanke des Gesetzes nicht im Beamtenverhältnis, sondern im Privatverhältnis zu beschäftigen sind, an die Lösung der Aufgabe heranzugehen.

Ebenso erwartet der Kongress, daß durch eine verständige und soziale Handhabung der Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung der Reichsanstalt das Schicksal der Hunderttausende erleichtert, die immer noch vergeblich der Wiedereinstellung in den Produktionsprozess harren. Der Kongress fordert die gesamte Öffentlichkeit auf, sich durch die Aufbauschung von Einzelfällen des Mißbrauches der Unterfertigung nicht täuschen zu lassen über die trostlose Lage dieser langfristigen Arbeitslosen.

Der Kongress stellt aber auch die Verpflichtung der Gesamtheit fest, ihre Hilfe ergehend dort einzusetzen, wo die Leistungspflicht und Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung verfallen. Er erhebt daher die Forderung, daß die Krisenfürsorge auf alle Berufsgruppen ausgedehnt und allen Arbeitslosen, die trotz Arbeitslosigkeit und Arbeitswilligkeit einen Anspruch auf die Versicherungsleistung noch nicht befreit oder diesen Anspruch erschöpft haben, ohne Ausnahme und ohne zeitliche Begrenzung gewährt wird.

Freizeit der Jugend.

Die von den Gewerkschaften seit langem erhobenen Forderungen nach besonderen sozialpolitischen Schutzbestimmungen für die erwerbstätige Jugend sind von der Gesetzgebung bisher nicht erfüllt worden. Der vorliegende Entwurf des Arbeitszeitgesetzes enthält wohl die geforderte Erhöhung des Kinder- und Jugendalters und auch eine weitere Einschränkung der Nachtarbeit Jugendlicher; er bringt aber eine nur unzulängliche Regelung der täglichen Arbeitszeit und geht auf die Freizeitförderungen für die Jugendlichen (Frühruhe vor Sonn- und Feiertagen und jährlicher Urlaub) gar nicht ein. Die große Zahl derjenigen Jugendlichen, die nicht in den Genuss der bisher allein durch Tarifverträge geschaffenen Urlaubsansprüche kommen, macht jedoch eine sofortige gesetzliche Regelung des Urlaubs für Jugendliche zur Notwendigkeit.

Der Gewerkschaftskongress richtet deshalb an die Reichsregierung und an den Reichstag das dringende Ersuchen, die von weiten Kreisen des deutschen Volkes vertretenen Freizeitforderungen für die erwerbstätige Jugend so bald wie möglich zu verwirklichen und zu diesem Zweck das Arbeitszeitgesetz entsprechend auszugestalten.

Weiter ersucht der Gewerkschaftskongress die Reichsregierung, Beginn und Beendigung der allgemeinen Schulpflicht im ganzen Reich einheitlich zu regeln, um den Schwierigkeiten vorzubeugen, die sich sonst aus den erweiterten Kinder- und Jugendbeschäftigungen ergeben könnten.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterklasse neben dem unverändert im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängig ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Nürnberger Kongress im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form

Mitwirkung der Arbeitervertreter bei der Beratung von Schutzbestimmungen.

Das Reichsversicherungsamt hat Veranlassung genommen, den Berufsgenossenschaften das Gedächtnis etwas zu schärfen, das anscheinend immer dann weniger gut ist, wenn eine Ausübung der an sich bestehenden Rechte der Arbeiter...

Berufsgenossenschaften werden auf Grund des § 858 der Reichsversicherungsordnung gewählt. Ihre Neuwahl für die Dauer von fünf Jahren ist zum Teil bereits vorgenommen oder steht dicht bevor.

Reichskonferenz der Beton- und Kunststeinarbeiter.

Die Konferenz tagte am 26. August in Leipzig. Außer Vertretern des Bundesvorstandes waren 38 Abgeordnete und einige Gäste erschienen. Kollege Rosenzweig, Hamburg, referierte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betonbau, Betonwaren- und Kunststeingewerbe.

werden. Bei der Organisierung der Arbeiter muß vor allem das Ziel gelten, das darin besteht, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

In der Aussprache wurde betont, daß auch die Kunststeinarbeiter Betonarbeiter sind und zum Baugewerbe gehören. Ihre Arbeit wechselt vom Lagerplatz zur Baustelle, zum Hoch- oder Tiefbau.

Nach Schlussworten von Otto und Rosenzweig wurde Kollege Otto als Reichsfachgruppenobmann der Betonfachgruppe gewählt.

Wir marschieren!

Unser Bund marschiert. Immer größer wird die Zahl der Bauarbeiter, die sich in unsere Reihen eingliedern, die mit uns kämpfen wollen für die großen Ziele der freien Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für die unseres Bundes im besonderen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 27. August 1928.

Table with columns for 'Bezirksverband', 'Insgesamt', 'Beschäftigt', 'Arbeitslos', and various trade categories like 'Maurer', 'Zementarbeiter', etc. Includes a summary row at the bottom.

Der Stand der Arbeitslosigkeit ist in den letzten Wochen fast gleich geblieben. Ein Vergleich der Arbeitslosenziffern vom 27. August mit denen des vorigen Monats (Ende Juli) ergibt im Reichsdurchschnitt eine geringe Steigerung von 5,9% auf 6,18%, also um 0,2%.

ist der Zugang bei den Bauhilfsarbeitern, die von 126 429 auf 138 227, also um 11 798 gestiegen sind. Ihnen folgen in geringem Abstand die Maurer mit einer Zunahme von 11 403 Mitgliedern, so daß ihre Zahl im Baugewerksbund jetzt 192 157 beträgt. Die drittgrößte Gruppe unseres Bundes, die Erdarbeiter, haben um 4046 Mitglieder zugenommen. Die gesamte Fachgruppe der Tiefbauarbeiter, also einschließend der kleineren Gruppen der Einshaler, Mineure und Rohrleger, hat um 4320 Mitglieder zugenommen. Geringer ist die Zunahme bei den Betonarbeitern, wo im zweiten Vierteljahr nur die Zementarbeiter, Flechter und Wiegler um 300 Mitglieder zugenommen haben. Zugenommen hat auch die Bau-Werkmeister-Fachgruppe und zwar um genau 200 Mitglieder. Die Fachgruppen der Töpfer und Fliesenleger haben insgesamt um 37 Mitglieder, die Asphaltierer um 245, die Helfer bei den Isolierern um 101 und die bei den Steinholzlegern um 33 Mitglieder zugenommen. Die Kunststein- und Terrazzoarbeiter haben 492 Mitglieder gewonnen; bei ihnen beträgt die Zunahme rund 50 % ihres Bestandes am Schlusse des ersten Vierteljahres 1928. Die Hilfsarbeiter im Steinbruch nahmen um 213 Mitglieder zu, und selbst die so schwer organisierte Gruppe der Glaser hat 52 Mitglieder gewonnen. Am erfreulichsten ist wohl der Mitgliederzuwachs bei den Jugendlichen, der 2811 betrug, monoton 2425 auf die Lehrlinge und 386 auf jugendliche Hilfsarbeiter entfallen. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gestiegen, nämlich von 416 auf 496. Unter den Bezirksverbänden steht Dresden, der der größte Bezirksverband unseres Bundes ist und den ganzen Freistaat Sachsen umfaßt, mit einer Zunahme von 5012 Mitgliedern an der Spitze. Ihm folgen der Bezirksverband Breslau mit einer Zunahme von 4779 Mitgliedern, dann der Bezirk Berlin mit 3759, dann Hannover mit 3092, darauf die übrigen Bezirke, die ebenfalls erfreuliche Mitgliederzunahmen aufzuweisen haben. Am der Mitgliederzunahme sind alle Bezirksverbände beteiligt. — So ergibt sich im ganzen ein erfreuliches Bild des Aufschwunges. Der Aufschwung beweist, daß der Gewerkschaftsgedanke in immer breiter werdende Massen für alle Zeiten eingedrungen ist. Noch sind wir allerdings an 100 % nicht heran. Aber diese 100 % werden wir schaffen, wenn wir alle Kräfte für die Stärkung und Vertiefung des Organisationsgedankens bei der baugewerblichen Arbeiterschaft einengen werden. Zunächst die halbe Million Mitglieder geschafft! Vorwärts!

haus zu einem Besamensein vereint, in dem musikalische, gesangliche und humoristische Darbietungen geboten wurden. Untergebracht waren die Kollegen teilweise in Privatquartieren und teilweise in der Jugendherberge. Den Quartiergebern herzlichen Dank! Am Sonntagfrüh sammelten sich alle, um mit Musik die Sonntagssankommliche abzuholen. Dann formierte sich ein Zug von weit über 1000 Menschen. Es war eine Freude, mitzumarschieren. Jeder wird empfunden haben, was es bedeutet, in der Gemeinschaft der Bauarbeiter Mitglied zu sein. Helft darum in den Baugewerkschaften die noch unorganisierten Kollegen für uns zu gewinnen, erzählt ihnen von unserm Jugendtreffen. — Im „Löwen“ war die Morgenfeier. Kollege Müller von der Baugewerkschaft Jena begrüßte die Erschienenen, und unser Bezirksleiter, Kollege Meyer, schilderte die Verhältnisse innerhalb des Bezirksverbandes. Er sprach von den Schwierigkeiten, die es kostet, die Rechte der Jugend gegenüber den Unternehmern wahrzunehmen, und kritisierte daran den Wunsch zur unermüdblichen Werbearbeit zum Besten unseres Bundes. — Kollege Kober, Gamburg, übermittelte die Grüße des Bundesvorstandes. Es ist eine Freude, die jungen Kollegen unter unserm Banner marschieren zu sehen. Die Jugend muß vorwärts wollen. Sie muß ihre Kräfte zur Kenntniserweiterung benutzen, am besten, besser noch als heute, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirken zu können. — Den Anträgen folgte ein Lichtbildervortrag über Bauarbeit und Baugeschichte. Dann ging es in das Planetarium, worauf wir — nach beendigtem Vortrag — mit Musik nach dem Otto-Schott-Platz marschierten. Die

dort waren fast die gesamten Bauarbeiter arbeitslos, erst in neuerer Zeit konnten sie in Marienburg und Elbing Beschäftigung finden. Durch die neue Bauweise haben die Stukkateure und Töpfer schwer unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Hat sich in letzter Zeit unser Verhältnis zu den Christen wieder gebessert, so versucht jetzt die politische Bauersbaugewerkschaft mit ihrer Volkszweigfraktion freudig zu wirken. In einem Flugblatt der Polen gegen uns heißt es: „An Euch ist es, die ruhige Arbeit nicht durch verantwortungslose Nationalhater stören zu lassen.“ „In unangenehmer Vergebung liegt aller Schaden.“ Wir unterschreiben da jedes Wort, aber gerade die Polen sind es, die durch ihre Drahtzieher die nationalpolitische Vergebung betreiben. So war die Rede des Abgeordneten Moczynski in der Sitzung des Volksrates am 22. Juni nichts anderes als eine nationalpolitische Heße gegen den Deutschen Baugewerksbund zu Nutzen und Frommen der großen Weltfirma Philipp Holzmann U. G. Bei den einige Tage späteren Verhandlungen mit den Bauleitern der Firma Holzmann hat dann Moczynski auch nicht eine der von ihm im Volksrat aufgestellten Behauptungen aufrechterhalten. Als er, durch uns in die Ecke getrieben, sah, daß alle Vergebung und Vergebung nichts half, kam er mit dem wahren Grund und forderte für die Bauhilfe Holzmann, Sahren, die Aufhebung des für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages. Damit fiel er natürlich rein, aber noch heute verdrückt er, mit seinen Helfershelfern den Tarifvertrag außer Kraft zu setzen. — Mit der zunehmenden Kaufkraft haben sich auch wieder die Unfälle vermehrt. Das ist nicht verwunderlich; denn angesichts der von der Baupolizei dem Bauarbeiterdutz gegenüber jahrelang bewiesenen Gleichgültigkeit war nichts anderes zu erwarten. Leider müssen die Bauarbeiter diese Nachlässigkeit mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlen. Unsere Bauarbeiterchutzkommission weiß dauernd nach, daß die Kontrolle über den Bauarbeiterdutz nicht ausreicht. Aber Abhilfe wird nicht geschaffen. Es wird endlich Zeit, daß sich die Regierung auf ihre Pflicht gegenüber den Bauarbeitern besinnt, sonst würden diese gezwungen sein, Mittel anzuwenden, die ihr nicht angenehm wären. — Im Lohngebiet Danzig-Stadt gelang es, eine Lohnzulage von 5 und 6 % die Stunde durchzusetzen, in den ländlichen Gebieten wurde noch mehr erreicht. Dort waren wir seit dem 1. April 1927 tariflos. Seit dem 10. Mai haben wir im Großen Werder den gleichen Tarifvertrag wie in Danzig-Stadt, seit dem 30. Juni auch in Danzig-Land. Hier mußte allerdings erst die Sperre nachhelfen. Alle Tarifverträge sind f. r. allgemeinverbindlich erklärt worden. Die gegen die Firma P r i e b e, Neumünsterberg, verhängte Sperre besteht noch jetzt. Entsprechend den Wünschen der Maurer sind auch die Löhne der Polierer, Schachtmesser, Fliesenleger und Stukkateure erhöht worden. Die Zahl der Baudelegierten hat sich erhöht, jedoch muß es auf diesem Gebiet noch besser werden. Auch bei der Auswahl der Delegierten muß im allgemeinen vorzichtiger vorgegangen werden. Gegen den am 7. November 1927 vom Tarifamt gefällten Schiedspruch wegen der Lehrlingsentlohnung hatte der Arbeitgeberverband gegen uns beim Landgericht die Feststellungsklage erhoben. Dieses hat am 7. Mai festgestellt, daß der Schiedspruch keine bindende Kraft besitzt. Aber nicht etwa deshalb, weil für Lehrlinge keine Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, vielmehr ist der Lehrvertrag im Baugewerbe als kein Erziehungs-, sondern als ein Werkvertrag erklärt, es sei also zulässig, wenn für Lehrlinge in arbeitsrechtlicher Hinsicht Tarifverträge abgeschlossen werden. Das Landgericht hat den Schiedspruch nur deshalb nicht für bindend gehalten, weil es das Tarifamt in diesem Falle nicht für zuständig gehalten hat. Wir haben gegen das Urteil Berufung beim Obergericht eingelegt. — Unsere Mittelalterzahl haben wir vom Beginn dieses Jahres bis zum Schlusse des zweiten Quartals von 2858 auf 3204 erhöht. Das Versammlungswezen war lebhaft, auch hitreize Verhandlungen mit den fernernern vor dem Tarifamt und vor den Schlichtungskommissionen waren nötig. Daneben wurden eine Anzahl Klagen vor dem Gewerbegericht oder dem Amtsgericht vertreten. — Kollege Haß gab den Kassenbericht. Im zweiten Quartal betrug die Einnahme und Ausgabe für die Lokalhilfe 46 394,04 Gulden, die Einnahme für die Hauptkasse 40 022,81 Gulden, die Ausgabe 15 178,47 Gulden, so daß ein Kassenbestand von 24 844,34 Gulden verbleibt. Die Aussprache endete damit, daß dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Ein Antrag der Stukkateure auf Vergrößerung ihrer Gruppe wurde abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag, daß sich die nächste Vertrauensmännerversammlung mit der Entlohnung der Puger beschäftigen soll, angenommen. Dann hielt der Kollege Brill noch einen Vortrag über Gesellen-ausschüsse.

Die Bauhütten. Der Bundesvorstand hat im

Verlage des Deutschen Baugewerksbundes ein wertvolles Buch „Die Bauhütten“ herausgegeben. Der Verfasser, Alexander Garbai, Sekretär der österreichischen Baugewerkschaft, gibt darin einen Ueberblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinwirtschaftlichen Aufbau der baugewerblichen Arbeitsorganisation. In geschichtlicher Darstellung führt uns das Buch aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, über die mittelalterliche Bauhüttenarbeit zur Entstehung unserer neuzeitlichen Bauhüttenbewegung, gleichzeitig auf Möglichkeiten ihrer zukünftigen Entwicklung hinweisend und auf die ihrer harrenden Aufgaben. 54 Abbildungen unterstützen die textlichen Darstellungen und lassen an einer Reihe, zum Teil viele Jahrhunderte alter Bauwerke die hervorragenden und heute noch musterergüligsten Leistungen erkennen, die die Gemeinschaftsarbeit der Bauleute schon in früheren Zeiten hervorgebracht hat. Das Buch, 292 Seiten stark, auf gutem Kunstdruckpapier gedruckt, in Leinen gebunden, mit künstlerischem Deckendruck versehen, wird den Bundesmitgliedern zu dem billigen Preise von 2. M für das Stück geliefert. Bestellungen nehmen die Baugewerkschaftsvorstände zur Weitergabe an den Bundesvorstand entgegen. Die Auflage ist beschränkt. Wer alsbald bestellt, sichert sich den Bezug!

Raft oben auf dem Berge wurde zur Preisverteilung benannt. Unsere Abteilungen hatten zum Jugendtag Modelle angefertigt. Erfurt bekam den Bezirksjugendwimpel. Die Jugendabteilungen Saalfeld, Steinach, Jena und Altenburg wurden wegen ihrer Arbeit gewürdigt. Im nächsten Jahre wird es sich zeigen, wer in der Jugendabteilungsarbeit der Tüchtigste ist. Die Jugendabteilung soll den Wimpel haben, die in gewerkschaftlicher und sachlicher Hinsicht die planmäßigste Arbeit während des Jahres leistet. — Mit Musik ging es wieder talwärts. Am Bahnhof gab es ein Abschiedsnehmen, als wenn man sich nie wiedersehen sollte. — Dank nochmals allen Mitwirkenden.

Aus den Baugewerkschaften

Altenburg. (Antreibersystem beim Unternehmer Frenzel.) Auf der Baufelle des Baumeisters Frenzel in Regis aus Altenburg herrscht ein schmutziges Antreibersystem. Der Unternehmer verlangt von jedem Maurer flüchtig mindestens 2 qm Pugs fertiggestellt, sonst kann er auf der Baufelle nicht mehr arbeiten. Um jedem einzelnen die Arbeit nachkontrollieren zu können, müssen die Poliere zu Feierabend mit dem Jost die Arbeit nachmessen. So etwas dürfte von den Kollegen einfach nicht geduldet werden. Aber noch schlimmer als dieses ist das Weberfundsensystem bei dieser Firma. Es gibt dort Kollegen, die morgens um 4 Uhr zur Arbeit fahren und abends um 10 Uhr erst nach Hause kommen. Am allerhöchsten zeigt sich hier die Ableitung des Poliers Herrich. Herrich ist angeblich im Vaterland organisiert. Für unsere Kollegen müßte es heißen: Fort von einer Firma, die nur Schindluder mit ihnen treibt. Es müßte dahin gewirkt werden, daß solchen Unternehmern keine öffentlichen Aufträge mehr erteilt werden. Und die Kollegen werden es sich überlegen müssen, ob sie künftig bei solchen Unternehmern arbeiten wollen. — Danzig. Am 12. August tagte unsere Generalversammlung. Nach dring des Andenkens der inzwischen verstorbenen Kollegen gab Kollege Brill den Geschäftsbericht. Nach langen Jahren haben wir im Hoch- und Tiefbaugewerbe im Lohngebiet Danzig-Stadt endlich eine lebhafte Konjunktur bekommen. Wenn jedoch die Bauverwaltungen nicht rechtzeitig Vororge treffen, so können wir schon im Herbst wieder große Arbeitslosigkeit haben. Immer noch scheint der Streit über die Art der Bauausführung an der niedrigen Front nicht ausgetragen zu sein. Zu wünschen wäre, daß sich die Bauverwaltungen endlich über die Ansichten einiger veralteter Hochschulpromessoren hinwegsetzen und mit dem Bau von Wohnungen beginnen, damit für das Transportgewerbe auch im Herbst und Winter Arbeit geschaffen wird. Die Kaufkraft war in Danzig-Land mäßig, im großen Werder sogar schlecht;

Der Bundesvorstand hat im

Verlage des Deutschen Baugewerksbundes ein wertvolles Buch „Die Bauhütten“ herausgegeben. Der Verfasser, Alexander Garbai, Sekretär der österreichischen Baugewerkschaft, gibt darin einen Ueberblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinwirtschaftlichen Aufbau der baugewerblichen Arbeitsorganisation. In geschichtlicher Darstellung führt uns das Buch aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, über die mittelalterliche Bauhüttenarbeit zur Entstehung unserer neuzeitlichen Bauhüttenbewegung, gleichzeitig auf Möglichkeiten ihrer zukünftigen Entwicklung hinweisend und auf die ihrer harrenden Aufgaben. 54 Abbildungen unterstützen die textlichen Darstellungen und lassen an einer Reihe, zum Teil viele Jahrhunderte alter Bauwerke die hervorragenden und heute noch musterergüligsten Leistungen erkennen, die die Gemeinschaftsarbeit der Bauleute schon in früheren Zeiten hervorgebracht hat. Das Buch, 292 Seiten stark, auf gutem Kunstdruckpapier gedruckt, in Leinen gebunden, mit künstlerischem Deckendruck versehen, wird den Bundesmitgliedern zu dem billigen Preise von 2. M für das Stück geliefert. Bestellungen nehmen die Baugewerkschaftsvorstände zur Weitergabe an den Bundesvorstand entgegen. Die Auflage ist beschränkt. Wer alsbald bestellt, sichert sich den Bezug!

Aus der Sozialgesetzgebung

Zur Frage der Haftung des Arbeiters für die Lohnsteuer. Es ist vielfach nicht bekannt, daß der Arbeiter neben dem Unternehmer für die Einbehaltung der Lohnsteuer haftet. Die Haftung ruht sich auf § 78 des Einkommensteuergesetzes und beschränkt sich gemäß § 78 Absatz 2 auf die Fälle, in denen erstens der Arbeitslohn nicht vorchriftsmäßig gekürzt worden ist, zweitens der Unternehmer die einbehaltenen Beträge nicht vorchriftsmäßig verwendet hat und dem Arbeiter dies bekannt war. In diesem letzteren Falle erlischt die Haftung, wenn der Arbeiter dem Finanzamt von dieser Kenntnis unverzüglich Mitteilung macht. Entsprechend dieser Vorchrift hatte ein Finanzamt einen Arbeiter für nicht entrichtete Lohnsteuer in Anspruch genommen, weil der betreffende Unternehmer zahlungsunfähig erschien. Der Reichsfinanzhof hat das Vorgehen des Finanzamts in einem Urteil vom 23. Mai 1928 — VI A 538 — gebilligt. Im Schrifttum wird zwar die Ansicht vertreten, daß es nicht im Wesen der Steuerbehörde stehe, ob sie den Unternehmer oder den Arbeiter für die Lohnsteuer haftbar machen wolle, daß vielmehr in erster Linie der Unternehmer in Anspruch genommen werden müsse. Aber auch, wenn man von dieser Ansicht ausgehe, sei die Inanspruchnahme des Arbeiters gerechtfertigt, wenn festgestellt worden ist, daß der Unternehmer zahlungsunfähig ist. Im übrigen könne sich der Arbeiter gegenüber der Feststellung, daß der Steuerabzug vorchriftswidrig unterblieben ist, nicht auf Unkenntnis oder einen ihm unterlaufenen Fehler berufen.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gelpert sind in Buztebude das Baugeschäft Sörensen, in Delmenhorst die Bauhilfe F. Wahlert und in Seeberg die Firmen Meyer und Stuhwoldt. Differenzen bestehen in Heiligenbeil (Baugew. Elbing). Gelpert sind die Altbauarbeiten der Firma Holländer aus Laagen auf der Pulverfabrik Treisdorf bei Bonn. Fliesenleger: Streik ist in Rostock. Töpfer: In Rostock und Zeitz streiken die Ofenseher. Nach der Provinz Brandenburg und der Grenzmark ist der Zug von Ofensehern streng fernzuhalten. Stukkateure und Puger: In Weimar ist die Firma Scheibe gesperrt.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Erfurt. (Jugendtreffen.) Mit Spannung wurde unser diesjähriges Jugendtreffen in Jena erwartet. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre hatten man gelernt. Auch die Abteilungen hatten gelernt, sich auf das Jugendtreffen einzurichten. So verlief unser Treffen vorzüglich. Versammelt waren etwa 900 Jugendkollegen. Hinzu kamen alle der älteren Kollegen, mit und ohne Frauen, die es sich nicht halten nehmen lassen, unser „Jugendvolk“ zu keinem Treffen zu begleiten. Das waren zusammen auch etwa 400 Personen. Unter Zug der am Sonntagmorgen von der Bahn durch Jena zum Werkverkschaftsplatz marschierte, war fastlich. Mancher Arbeiter lagte hinter den Gardinen auf das Jugendvolk vom Bau. Ein Teil der Jugendtagfahrer war schon am Sonnabend angekommen. Sie wurden im Werkverkschafts-

1 auf
2 auf
3 auf
4 auf
5 auf
6 auf
7 auf
8 auf
9 auf
10 auf
11 auf
12 auf

streiken. Daneben wurde und wird noch verhandelt um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Putzer, der Besenarbeiter und der Grund- und Abrucharbeiter. Der Zugang an neuen Mitgliedern war im 2. Quartal befriedigend. Rund 700 Kollegen trafen dem Bunde bei. Verteilungen an den Arbeitsgeräten und vereinbarten Schiedsgerichten waren notwendig in 57 Fällen. Das materielle Ergebnis für die Kollegen betrug 1499,78 M. Die Verteilungsfähigkeit war in der Berichtszeit nicht allzu reg. Rund 50 Versammlungen wurden abgehalten, der Besuch war mangelhaft. Auf dem Gebiete des Bauarbeiterstreiks blieb viel zu wünschen übrig. Immer wieder mußte die Bauarbeiterkommission in Tätigkeit treten. Trotzdem wird von den Unternehmern nicht den Vorwürfen entsprechend gehandelt, fälschliche und schwere Verstöße waren die Folge. Unsere Jugendabteilung macht gute Fortschritte. Trotzdem liegt auch hier noch ein Feld fruchtbarer Arbeit vor uns. — Anschließend gab Kollege Müller den Kassenbericht. Danach betragen die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse 47765,45 M., die Einnahmen der Lokalkasse 33910,24 M., ihre Ausgaben 19357,60 M. Es bleibt übrig ein Kassenbestand von 13652,64 M. — Ein Aussprache über die Berichte wurde nicht gewünscht. Ein Antrag aus Wiesdorf verlangte die Wiederaufnahme des Kollegen Wolf Pfeiß, ein Antrag aus Nippes, mehr als bisher für eine alle baugewerblichen Berufe umfassende Organisation zu wirken. Beide Anträge wurden angenommen.

Mannheim. (Gründungsfeier.) Am 26. August feierte unsere Baugewerkschaft das Fest ihres 50jährigen Bestehens. Der Einladung hierzu waren viele Kollegen gefolgt. Vor allem hatten sich die Kollegen aus der Pfalz sehr zahlreich eingefunden. Nach einem Begrüßungsrede des Arbeiterführers hieß Kollege Lichtenfeld die Begrüßungsrede. Er würdigte mit Wärme die Verdienste der früheren Funktionäre der Organisation und schloß mit dem Wunsch auf ein baldiges freies sozialistisches Deutschland. Nach guten Leistungen der Arbeiterpartei hielt dann Kollege Sura die Festrede. Er schilderte die historische Vergangenheit der Mannheimer Bauarbeiter in Verbindung mit der übrigen Bewegung im Reich. Trotz aller Verfolgungen hielt die kleine kämpferische Gruppe das Banner hoch, nichts konnte sie davon abhalten, den Unternehmern Stück für Stück ihrer absolutistischen Macht abzuräumen. Mit einem Appell, auch weiterhin zusammenzuhalten und stets zu rufen, schloß der Redner. Bis in die späten Nachmittagsstunden waren die Kollegen in voller Einmütigkeit beisammen. Möge dieser Tag dazu beigetragen haben, der Baugewerkschaft neues Leben zu bringen und den alten Kampfgeist von neuem zu entfachen!

Reutlingen. (Der Kampf um die Ferien.) In Reutlingen gibt es Unternehmer, die in der Gewährung von Ferien an Bauarbeiter etwas sehen, was sie nicht begreifen können. Fast für jeden Kollegen muß ein Kampf geführt werden. Leider sind auch eine Anzahl Kollegen vorhanden, die nicht den Mut besitzen, ihre Ferien zu beanspruchen. Dadurch wird natürlich den Unternehmern der Rücken gestärkt. — Selbst ein Bauarbeiter, der bei der Firma B. & H. etwa 10 Jahre beschäftigt war, mußte noch mit der Firma um seine Ferien streiten. Differenzen mit dem Polier führten dazu, daß der Kollege die Arbeit bei der Firma aufgab. Bei seiner Entlassung machte er seinen Anspruch auf Ferien geltend; jedoch vergeblich. Der Kollege wandte sich nun an seine Organisation. Bevor aber Klage eingereicht wurde, wurde die Firma nochmals aufgefordert, die Ferien zu gewähren. Als Antwort ging uns dann von Böh folgen- des Schreiben zu: „Wegen die Bezahlung von Urlaub oder Ferien wehre ich mich soviel als möglich, weil ich die Forderung für unbillig halte, wenn sie auch laut Reichsarbeitsvertrag erzwungen werden kann. Es dürfte der Mannschaft bekannt sein, daß im Baugewerbe seitens des Betriebsinhabers meist nur mühsam Betriebsurlaub notwendig sind.“ (?) — Das wahre Gesicht des Unternehmers sah man aber erst beim Arbeitsgericht. In seinem Schriftsatz heißt es wörtlich: „Die Verallgemeinerung der Ferienbestimmung durch den Reichsarbeitsrat für alle, auch die kleinen Betriebe, unter Ausschaltung aller Verhältnisse, und für jeden Arbeiter ohne Ansehen der Person und unter allen Umständen, halte ich nicht für richtig. Im vorliegenden Fall betrachte ich die erzwungene Ferienbezahlung als eine Strafe für meine Bemühung, wodurch ich den U., anstatt 39 Wochen, mehr als 40 Wochen beschäftigt konnte. Seine Entlassung erfolgte wegen wiederholter Auflehnung gegen meine Stellvertreter unter Androhung von Streichen.“ — Solchen Unternehmerrasseln kann nur der geschlossene Wille der Bauarbeiter entgegen- gesetzt werden. Wir richten daher an alle Kollegen die Mahnung, ihre Ferien zu beanspruchen. Wenn die Firma Böh glaubt einen Arbeiter nur 39 Wochen beschäftigen zu müssen, um damit um die Feriengewährung herumzukommen, so wird sie sich auch hier täuschen. Wir werden Mittel und Wege finden, um die Firma zu zwingen, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten!

Schweinfurt. Am 25. August tagte in Anwesenheit des Bezirksleiters, Kollegen Merkel, unsere halbjährliche Vertreterversammlung. Trotzdem diese Tagung mit Rücksicht auf die Entzweit möglichst lange hinausgeschoben und der freie Samstagvormittag für die Versammlung genommen war, waren eine Anzahl Zahlstellenvertreter nicht erschienen. — Den Jahrbuchbericht erstattete Engelhard. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Bautätigkeit im Frühjahr erst sehr spät in Fluß gekommen ist. Bei den Putzern und Stukkateuren hat demzufolge die Arbeitslosigkeit noch länger als sonst ange- dauert, weil keine Bauten im Rohbau vorhanden waren. Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die mit finanziellen und städtischen Geldern bezugsfähigen Wohn- gebäude wegen der späten Geldverteilung immer erst Ende April oder Mai begonnen werden konnten. Diese alte Klage wird nun schon seit Jahren vorgetragen, und ebenfolange wird von den zuständigen Körperschaften ver- langt, die Baugelder auf das ganze Jahr zu verteilen. In Bad Kissingen war die Arbeitslosigkeit im ver- gangenen Winter besser, aber auch nicht ausreichend. Während der Baubauseit ruht unser Gewerbe dort fast völlig. Die lange Arbeitslosigkeit hat bemerkt, daß wir in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. April 10 441,25 M an Erwerbslosunterstützung auszahlten. Im Jahre 1927 find

der Hauptkasse 12 032,05 M überwiesen worden. Dieser Betrag ist also bis auf 1500,80 M wieder in die Taschen der Beitragszahler zurückgefallen. Dabei trifft man bei der Werbearbeit immer noch Beitragscheine, die in früheren Jahren dies und das angeblich nicht erhalten haben. Wenn die Kollegen ihre Beiträge so reell und pünktlich zahlen würden, wie die Organisation die Unter- stützungen zahlt, dann wäre es um unsere Lokalkasse weit besser bestellt! Hinsichtlich der Einhaltung des Tarifver- trages sind keine besonderen Klagen vorgetragen. Bei den sogenannten Klippkopfbauten holen sich die Bauauftrager Gelder bereit, die es mit der Einhaltung der Tarifvertragsbestimmungen und insbesondere mit der Arbeitszeit nicht so genau nehmen. Hier muß ein steter Kampf geführt werden. Entsprechend dem Arbeitszeitein- gesetz vom 14. April 1927 wurden gegen solche Unternehmer zahlreiche Anzeigen erstattet. In der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz im Baugewerbe wurde von uns das Möglichste geleistet, es könnte noch mehr geschehen, wenn uns die Kollegen immer rechtzeitig und einwandfrei be- richteten würden. In einigen nicht unbedeutenden Land- städten treffen wir, bei sehr geringen Löhnen, noch die vornovemberliche 60-Stunden-Woche an. Die Unternehmer können nur durch Anzeigen und Bestrafungen zur Ordnung gebracht werden; die dort beschäftigten Kollegen zu organi- sieren und zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu veranlassen, führt auf barten Widerstand. Um so mehr drängen sich diese Arbeiter in die Stadt, um ihren schlechten Verhältnissen am Wohnort zu entgehen. Aber auch hier sind sie sehr schwer für unser Bunde zu ge- winnen, angeblich „weil sie doch nicht lange bleiben wollen.“ Hier muß von unserer Kollegenchaft Druck hintergesetzt werden! — Das Baudelegiertenwesen funktioniert sehr schlecht, auch hier muß gründlich Besserung geschaffen werden. In den kommenden Herbst- und Wintermonaten sollen in allen Zahlstellen Versammlungen abgehalten werden, in deren Dienst auch das Stichbild gestellt werden soll. Dabei müssen sich die benachbarten Zahlstellen auf einen zentralen Versammlungsort einigen. — Die Bau- arbeiter der Reichsbahnleitung hatten an den Stadtrat in Schweinfurt den Antrag gestellt, auch ihre Bauten im Be- reich des Stadtbereichs von den städtischen Bauaufsichtern aus dem Arbeiterbunde mit zu kontrollieren. Dies hat der Bauausschuß wegen Mangel an Personal mit dem Stimmen unserer Vertreter G. H. und C. u. J. w. a. n. g. e. abgelehnt. Es ergibt sich also der seltsame Fall, daß Arbeitervertreter im Stadtrat Arbeiterfuß ablehnen. Dabei hätte mit der Reichsbahn wegen der entstehenden Kosten verhandelt werden können. Die Genossen waren für ihre Stellung- nahme durch uns unerfreut. Das bekannte Sprichwort „Wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er auch den Verstand“ trifft auf diese beiden nicht zu — Obwohl die Kollegen in Schweinfurt vom Vorstand mit Versammlungen nicht allzuoft beauftragt werden, besteht ihr Drang in der Haupt- sache darin, vom Eisenbahnbau zur Arbeit und von der Arbeit wieder zur Eisenbahn und nach Hause zu kommen, weil in Schweinfurt ein Angefallter list, der alles zum Besten lenkt. Der Versammlungsbuch läßt daher viel zu wünschen übrig, so daß die Mitgliedschaft in vielen Fällen nicht im Bilde ist. Während der Sommermonate ist es in den Zahlstellen wegen der vielen Sportfestlich- keiten nicht möglich, Versammlungen abzuhalten. Das ist ein Krebsbühl unserer Baugewerkschaft, das dringend der Abhilfe bedarf. — In der Aussprache wurde in der Hauptsache die Verwaltungsarbeit und der schlechte Stand unserer Lokalkasse behandelt. — Der Vorstand wurde beauftragt dahin zu wirken, daß Unternehmer, die sich meistens nur mit Lehrlingen beschäftigen und mit Vorliebe nichtorganisierte Arbeiter beschäftigen, von allen Arbeiten auszuschalten sind, bei deren Vergütung die Arbeiterschaft einen Einfluß ausüben kann. — Schwarz gerügt wurde das Verhalten des Maurers Johann Köhler, Bezirks- und Gemeinderat in Grafenheinfeld, des Stukkateurs Mich. Ernst, Bezirksrat in Mimmerstadt und des Stukkateurs Ludwig Voll, Parteifunktionär in Rodelmeier, die sich trotz wiederholter Aufforderung hartnäckig weigern, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ihr Verhalten soll bei der nächstfolgenden Konferenz der SPD. zur Sprache gebracht werden. — Zum Schluß hielt der Kollege Merkel noch einen kurzen Vortrag über Tagesfragen innerhalb unseres Bundes, wobei alles Wissenswerte einer kurzen Betrachtung unterzogen wurde.

■ Aus den Fachgruppen ■

Feuerungs- und Schornsteinmaurer.
Die Allgemeinverbindlichkeit der Löhne für feuerungs- technische Arbeiten wurde in letzter Zeit von einigen Arbeits- gerichten bezweifelt, weshalb unsere Klagen auf Zahlung des Tariflohnes gegen Außenleiter abgewiesen wurden. Dieser Umstand hat uns veranlaßt, durch eine Entschädigung des Reichsarbeitsministeriums festzustellen, daß mit der Allgemein- verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsrates auch die im § 6 festgelegten Löhne verbindlich sind. Das Reichsarbeits- ministerium hat uns nunmehr unterm 10. September unter Zeichen 111b Nr. 1130/287 Zar., unterzeichnet Dr. Meves, folgende Antwort gegeben: „Da auf Grund des § 6 des Arbeitslohn- und Tarifvertrages für feuerungs-technische Arbeiten vom 25. Mai 1927 ein Grundlohn gebildet ist, der errechnet wird aus dem Durchschnitt der Tariflöhne des Fach- mauerers einschließlich Gehaltsgeld einzelner Stände, halte ich eine Allgemeinverbindlichkeitsklärung der jeweiligen Lohnsätze nicht ausdrücklich für erforderlich. Nur in den Fällen, in denen für jede Veränderung der Löhne eine neue Vereinbarung der Tarifvertragsparteien notwendig ist, dürfte eine besondere Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Tarifvertragsvereinbarung erfolgen. Ich beabsichtige das Verfahren, betreffend Allgemeinverbindlichkeitsklärung der 3. Lohnfestsetzung, nunmehr einzustellen (vergleiche mein Schreiben vom 14. Juli 1928 — 111b 1130/283 — Zar.) Im übrigen nehme ich auf die Ver- handlung vom 25. August dieses Jahres im Reichsarbeits- ministerium Bezug.“ — Aus diesem Schreiben geht zweifel- frei hervor, daß eine Verbindlichkeitsklärung der Lohnfest- setzungen nicht erforderlich ist und sie in allen Fällen auch für Außenleiter Geltung haben.

Glaser.
Auerbach i. W. Nachdem im Bezirk Auerbach seit 1925 im Glasergerwerbe tariflos gearbeitet wurde, be- schlossen die Kollegen, in diesem Jahr unter allen Umständen einen Vertrag zu erkämpfen. In einigen gut besuchten Versammlungen wurde zu den Gegenständen Stellung ge- nommen. Zuerst hatte es den Anschein, als wollten die Unternehmer die Sache wieder auf die lange Bank schie- ben. Erst nachdem der Streik beschlossen und zunächst in zwei Betrieben die Arbeit geschlossen niedergelegt wurde, waren die Meister bereit, zu verhandeln. Das Ergebnis der Verhandlung wurde von unsern Kollegen angenommen. Der Vertrag bringt Lohnzulagen bis 15 $\frac{1}{2}$ % zu Gunsten der Stundenlohn beträgt vom 1. September an für die über 22 Jahre alten Beschäftigten 1,15 M. Zulage und Ferien sind wieder tarifvertraglich festgelegt. Nun gilt es, den Vertrag durch- zuführen und ihn beim nächsten Abschluß zu verbessern. Dazu gehört vor allem, daß alle unsere Kollegen wieder unter- nehmen gegenüber, dann wird der nächste Abschluß unsere Wünsche weitgehend erfüllen.

Jolierer.
Cottbus. Endlich haben sich gleich den schlesischen Jolierern auch die Jolierer der Lausitz, in der Hauptsache im Bereich der Baugewerkschaft Cottbus, aufgestellt und ihren „Herren Arbeitgeber“ beigebracht, daß der Reichsarbeitsver- trag uneingeschränkt auch für sie Geltung hat. Der Mon- tagebauarbeiter des Joliergewerbes hat zur Folge, daß die sich fast das ganze Jahr in der Fremde herumtreibenden Kollegen neben dem am Sitze der Firma festgelegten Stundenlohn noch eine sogenannte Zulage erhalten, die früher noch dem Reichsarbeitsvertrag einbeifolgt ge- regelt war. Nach der Inflation glauben die im Wirtschaft- stand für das deutsche Joliergewerbe organisierten Unter- nehmer, gleich ändern „Menschenfreunden“, die Zeit zum Lohnrück kommen. Vor allem hatte es ihnen die Aus- lösung angehen. Im Wirtschaftsbereich Schlesiens-Lausitz sehen sie durch, daß die Zulage, die im übrigen Reich 5 M täglich betrug, auf nur 4 M festgelegt wurde. Trotz wiederholter Anläufe war es den Cottbuser Kollegen nicht möglich, diesen Ausnahmestandard restlos zu beistimmen. Der neue Reichsarbeitsvertrag war die Zulage für Arbeiten im Fern- verkehr auf täglich 5,80 M fest, enthält jedoch die Klausel, diese Bestimmung gelte nicht für den Bezirk Schlesiens-Lausitz. Das schloß dem Faß den Boden aus und tief die Kollegen Schlesiens und der Lausitz auf den Kampfpfad. Ein angelegtes das drohenden Kriegszustandes in Breslau gefällter Schiedsspruch sah zwar die etappenweise Angleichung an das Reich vor, indes mußte ein Jolierer, der den einbeifolgt Zustand noch erleben wollte, mindestens bis zum 1. Ja- nuar 1930 am Leben bleiben. Die Breslauer Kollegen trafen am 30. Juli in den Kampf, in Cottbus wurden die in Aussicht- genommenen Verhandlungen von den Unternehmern ver- schleppt. Als die Jolierer am 30. Juli hinausgefahren waren, glaubten die Unternehmer keine Ursache mehr zur Verhand- lung am 31. Juli zu haben. Sie meldeten sich als „ver- bindert“. Offenbar hatten sie nicht damit gerechnet, daß ihre Jolierer auf Anruf der Organisation restlos zurückkehrten und sich dem Streikkomitee zur Verfügung stellen würden. Sogar drei in Rumänien arbeitende Kollegen legten die Arbeit nieder und streikten — weil sie ein Dapylum nicht erhalten konnten — auf Kosten der Firma im Ausland. Da die Unternehmer bisher gewohnt waren, „ihre“ Leute nach dem ersten Feuer schnell wieder artig zu sehen, stellten sie sich zunächst bedächtig. Sie erlebten jedoch eine arge Ent- täuschung. Von der zweiten Streikwoche an beteiligten sich sogar die bis dahin unorganisierten Kollegen am Kampfe. Nur zwei Streikbrecher offenbarten uns ihren moralischen Tief- stand. Mit ihnen muß noch besonders abgerechnet werden. In der dritten Streikwoche, nachdem inzwischen in Breslau neue Verhandlungen zu einem Schiedsspruch geführt hatten, der aber den Cottbuser Jolierern nicht annehmbar erschien, erklärten sich auch die Cottbuser Unternehmer zu Verhand- lungen bereit. Diese waren am 24. August und führten zu einem vollen Siege der Jolierer. Zwei Tage vorher hatte man noch von einer Schadenersatzpflicht des Baugewerks- bundes gesehelt, wenn der Streik nicht sofort aufgehoben und die Leute zur Arbeit gejjagt würden. Die Jolierer aber dürfen in den vier Wochen des Kampfes begriffen haben, wofin sie gehören und worauf es ankommt. Der Geist des Zusammen- schließens hat gefiegt. Das darf nicht vergessen werden!

Jolierer gefeiert. Nur auf allen Gebieten bewanderte Facharbeiter für größere Arbeiten werden bei hohem Tariflohn eingestellt.
Carl Staerck & Co., Bremen, Gartenweg 3.

Tief- und Straßenbauarbeiter.
Frankfurt a. M. (Zahlstelle Klein-Krohen- burg.) Unsere Fachgruppenversammlung am 25. August hatte sich eines sehr zahlreichen Besudes zu erfreuen. Kollege Maier be sprach eingehend die Verhältnisse auf den Landstrassenarbeiten. Wir haben ein Interesse daran, daß auf den Landstrassen die Arbeitszeit eingehalten und auch solide Arbeit geleistet wird! Auch können wir für künftig nicht zulassen, daß Unternehmer nur mit ungelerten und unorganisierten Leuten die Arbeiten ausführen, während unsere Kollegen, die hier anständig sind, arbeitslos herum- laufen. Wir können heute schon feststellen, daß unsere Kollegen wegen der wilden Arbeitsmethode auf den Land- strassen zeitweilig ohne Arbeit sind. Wenn wir in den nächsten Tagen innerhalb der Provinz Starckenburg zu einem Landstrassenrat kommen, so muß mit allen Mitteln versucht werden, diesen Tarifvertrag auch auf andere Ge- biete zu übertragen. Wir werden zwar nicht mit einem Schlag alles in Ordnung bringen, wenn aber jeder organi- sierte Kollege sich seiner Pflicht und Schutlichkeit der Or- ganisation gegenüber bewußt ist, dann wird bald die Zeit gekommen sein, wo überall nur so tariflichen Bedingungen gearbeitet wird. Das muß unser Ziel sein, und dafür müssen wir alle unsere Kraft einsetzen. — In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Kollegen alles daransetzen wollen, auf den Landstrassen Ordnung zu schaffen. Maier zeigte denn noch an verschiedenen Beispielen, wie Hilfsarbeiter, wenn wir uns künftig nicht mehr als bisher um sie kümmern, eine immer größere Gefahr für die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden. Deshalb muß hier Wandel geschaffen werden.

burg in Schlesien 500, Fürstfeldbruck 500, Frankenhäufen 650, Finsterwalde 350, Fürstberg 300, Friedland 150, Falkenberg 30, Forst 1000, Freudenwalde 400, Freimadau 100, Freiling 479, Gleiwitz 2600, Greiz 2000, Güstrow 1000, Ostlingen 1500, Goslar 600, Gronau 250, Gundersheim 420, Garz auf Rügen 200, Guben 1012,50, Glandau 1400, Grünberg 1000, Glag 1000, Genthin 200, Greifswald 400, Göttha 800, Glogau 750, Gräfenhain 200, Gießen 800, Halle 1300, Selmsfeld 1900, Heffelfeld 400, Hagen 1300, Harst 150, Hameln 1000, Heinrichswalde 50, Herford 1000, Hildesheim 1450, Hamm 1500, Hamburg 18 000, Jämnitz 200, Königsberg 2300, Kemnitz 250, Kappel 450, Kappel 1000, Köslin 2200, Krausnick 250, Königsmuffelhäufen 1100, Kreuzburg 500, Krakow 100, Klosterlausnitz 300, Köln 15 000, Köbau 2800, Kesslin 400, Kriebitz 6000, Luckenwalde 400, Landsberg a. d. Warthe 960, Lüneburg 500, Lindow 500, Lobenstein 200, Lübz 245, Lüneburg 1700, Landshut in Bayern 500, Mannheim 2700, Meissen 5300, Meißnerberg 500, Merseburg 3300, Mersin 120, Minden 1000, Meinersberg 200, Mündelberg 200, Malchin 150, Marburg 400, Miesbach 750, Mühlhausen 300,50, Mainz 2000, München 40 000, Nowawes 700, Neukloster 200, Neustrelitz 700, Neureppin 500, Neubrandenburg 250, Neugard 100, Neiffe 505,20, Nienburg a. d. S. 200, Nossenerhütte 200, Nebra 540, Neustettin 312, Nürnberg 10 000, Neustadt i. S. 250, Ofterode 995, Oldenburg i. O. 1800, Oppeln 600, Orlitz 500, Oßersleben 500, Oettingen 100, Oels 1440, Oshag 1000, Orz 600, Penzlin 50, Pirna 5400, Pögnitz 500, Pflahe 175, Pappenhain 254,40, Recklinghausen 1100, Rathenow 2000, Rennersdorf 500, Regensburg 1500, Reinfeld 300, Reichenheim 500, Reudersburg 400, Reichenbach i. P. 1000, Reiz 200, Sonneberg 800, Schönerlin 300, Seelitz 800, Sternberg i. M. 240, Sgarad 300, Schmied 180, Staffgort 4300, Schneidemühl 1200, Seerund 1000, Schopfling 400, Schöppenstedt 200, Sandau 150, Stargard i. P. 1000, Seebitz 400, Seelitz 1000, Strausberg 400, Schwiebus 200, Seifhitz 500, Steffin 5000, Stendal 2000, Stralsund 450, Spale 500, Traunfeld 300, Trebnitz 1000, Treprow a. T. 1000, Teterow 200, Tiffau 100, Torgau 1000, Treprow-Rega 600, Trebbin 500, Tuffingen 1000, Tiffitz 1000, Teterow 300, Terefnick 1500, Wittenberge 2300, Wriezen 515, Worms 500, Würzburg 1000, Weisheim 600, Wpk 250, Winjen a. d. Elbe 230, Wildeshausen 200, Westerland 500,

Waren 200, Wiesbaden 1000, Wismar 300, Wesselsburen 200, Würzen 1200, Weitzenfels 2000, Wittenberg (Halle) 500, Wittberg 150, Zschernick 600, Zeitz 2000, Züllichau 500, Zerbst 400, Zittau 1500.
Protokolle: Altdersleben 7,20, Al Brahe 1,80, Brandenburg 50,40, Burg 28,80, Oeta 14,40, Oetza 27, Glauchau 18, Guben 14,40, Selmsfeld 10,80, Hannover 135, Kahl 5,40, Känigsee 2,70, Köln 57,60, Meissen 28,80, Mühlhausen 9, Nienburg a. d. S. 3,60, Oldenburg i. O. 45, Pirna 28,80, Rathenow 14,40, Salzwedel 4,50, Schwiebus 1,80, Trebbin 1,80.
Buchhüllen: Altdersleben 15 M, Döbeln 9, Guben 37,50, Schöppenstedt 3, Tiffitz 37,50, Treprow a. d. Rega 15, Wildeshausen 3.
Markenmappen: Que 6,25 M, Oldenburg i. O. 13,75.

Bäumige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!
 Für die Woche vom 17. Sept. bis 23. Sept. ist der 38. Bundesbeitrag für 1928 zu zahlen.

Bundesnadeln: Brandenburg 25 M, Brahe 7,20, Feldberg 2,50, Frankenhäufen 5, Freiberg 37,50, Friedberg 1,35, Glauchau 5, Guben 37,50, Halle 12,50, Königsmuffelhäufen 5, Mühlhausen 6, Neustettin 10, Neustrelitz 10, Oldenburg i. O. 12,50, Ofterode 5, Rathenow 12,50, Reichenbach i. O. 28,80, Salzwedel 6,25, Schöppenstedt 2,50, Stralsund 42, Tiffitz 25, Waren 5, Wismar 2,50.
Der Bundesvorstand.

August Schmidt, Maurer, geboren am 28. Oktober 1884 in Rattensdorf bei Weiden in Bayern, reich gelehrt. Vor seinen Vaterland hat er seit dem 13. September 1927 mit ihm zusammen gearbeitet hat, sei gebeten, Mitteilung zu machen an Karl Geber, Baugewerkschaft Vaterode, Werderstraße 252a.

Gelebene Mariere. In Gesehild Verbandsbuch, Invalidentenliste, die Marieregelein im August 1927, geboren am 24. März 1907 in Wittenberg, Str. Zempin, gefunden worden. Sie sind abzuführen beim Vorsitzenden der Baugewerkschaft Gele.

Baugewerkschaft Hamburg.
 Zeugnis- und Ehrenheimmatur. Die Verhandlungen unserer Tagung werden jeden ersten Sonntag im Monat bei 23 Dr mer, Am Markt 9, abgehalten.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Aue, Alois Friedrich, Maurer, 58 Jahre alt.
 Altdersleben, Herm. Schröder, Maurer, 41 Jahre alt.
 Bielefeld, (Schilde) H. Oberschlag, Maurer, 72 J.
 Chemnitz, Johann Bierstädt, Hilfsarbeiter, 28 Jahre.
 Darmstadt, (Groß-Gerau) Adolf Haber, 5, 40 J.
 Dresden, (Weiß) Ernst Richter, Maurer, 66 Jahre.
 Robert Müller, Stukkatuer, 58 Jahre alt.
 Karl Feige, Maurer, 21 Jahre alt.
 Wilhelm Voigt, Hilfsarbeiter, 74 Jahre alt.
 Frankfurt a. d. Oder, Heinz Matz, Hilfsarbeiter, 35 J.
 Görlitz, (Sänig) Friedrich Grütner, Maurer, 51 J.
 Halle, Hermann Puppe, Maurer, 32 Jahre alt.
 Karl Weikhardt, Maurer, 49 Jahre alt.
 Karl Lindahl, Maurer, 19 Jahre alt.
 Karl Hallupp, Maurer, 67 Jahre alt.
 Franz Hüsch, Maurer, 58 Jahre alt.
 Albert Brandt, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt.
 Samburg, Rob. Hönse, Maurer, 38 Jahre alt.
 Otto Konow, Lepper, 55 Jahre alt.
 L. Kosanke, Maurer, 71 Jahre alt.
 Friedr. Penning, Hilfsarbeiter, 47 Jahre alt.
 Ad. Wilkens, Steinträger, 52 Jahre alt.
 Hannover, Moritz Henkel, Gleiseneiger, 58 Jahre alt.
 Friedrich Homann, Maurer, 77 Jahre alt.
 Jena, (Bürgel) Carl Lamp, Maurer, 58 Jahre alt.
 Karlsruhe, (Breiten) Phil. Sartorius, Maurer, 54 J.
 Leipzig, Hermann Albrecht, Hilfsarbeiter, 72 Jahre.
 Emil Kühne, Hilfsarbeiter, 27 Jahre alt.
 (Markranstädt) Walter Andrä, Hilfsarbeiter, 39 J.
 Magdeburg, Friedrich Dost, Maurer, 56 Jahre alt.
 Marienwerder, Oskar Kirstein, Maurerpolier, 41 J.
 München, (Ost) Johann Frühtrunk, Einpfalter, 73 J.
 (Gauerlach) Magnus Auren, Maurer, 49 Jahre.
 Oldenburg i. O. Gerhard Steuken, Bauhilfsarb., 63 Jahre.
 Gerhard Hölmeier, Bauhilfsarbeiter, 63 Jahre.
 Sagan, Oswald Schade, Poier, 53 Jahre alt.
 Ehre ihrem Andenken!

Homocord Electro Die Musikschallplatte der Gewerkschaftsmitglieder

|| Aufnahmen vom Ersten Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover sind erschienen! ||

Ueberall erhältlich! .. Bezugsquellen weist nach:

Homophon Company G. m. b. H., Berlin SW. 68

Übler Mundgeruch

Wir liefern überallhin zu konkurrenzlosen Bedingungen unsere Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen, Sprechapp. u. Platten, Harmonika, Bandolone, Zithern, Uhren, Photo-Appar.

5 Tage zur Probe

mit bedingungslos. Rücksenderecht bei Nichtgefallen gegen bequeme Wochenraten von nur **1.-** an.

Verlangen Sie sofort illust. Katalog A gratis und frei!

Walter H. Gartz, Postf. 846 A Berlin S 42, Alexandrinerstr. 17

Ermäßigte Preise bleiben noch bestehen!

Schmale Teakholz-Wasserragen

Längen 100 20 75 70 60 50 45-40 35-35 cm

3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,20 Mk.

Bestell. per Post wird. unt. Nachn. zuges. Von 4 Stück an portofrei. Bei 11 Stück eins. grat. Säml. u. Plattenlegerwerkz. nur 1. Qual. z. bill. Preisen. Bei Bestell. Größe und Form angeben.

Walter Richter, Düsseldorf.

Preisliste gratis.

Diese Uhr

24-St. Zifferbl. in Ankerwerk v. m. versch. Ränd., sow. g. Kaval. kett. m. 2 jah. schriftl. Gar. f. n. aus 6,50 Mk. Erwin R. Berthold Halle a. S. 21.

Sprechapparate ab Fabrik direkt an Private

Günstige Referenzangaben

DEUTSCHE QUALITÄTSARBEIT ZU NIEDRIGEM PREIS.

Verlangen Sie sofort Liste B

Meinel & Herold, Klingenthal N° 1103

Eisu-Me. Betten Kinder-tall betten.

Stahlmatratzen, günstig an Private. Katalog 161 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Neue Gänsefedern

wie feine von der Gans lassen & Bld. 3. A. doppelt gereinigt 3,50 A. 4. A. Goldbäumen, gereinigt, 5.- A. Dreiviertelbäume 6,75 A. Weißbäume 9.-, 10,50 A. Gefüllte Betten mit Daunem., gereinigt, 6.-, 6,25, 6,75, 7,25 A. Garantie für reines, saubere Ware, von 5 Bld. ab portofrei.

Hrau A. Wodrich, Gänsemaß. Neu-Zerbin (Eberdrück).

Bilder

für Ebnal, Möblt., Speisestimmer ohne Anstrichung

50 Pf. Bogenpreise an 100 Pf. man direkt in der Kunstbildervertrieb

Wismar 6 25

Wendlandstr. 47/5 (am Uferanlegerplatz) Katalog kostenfrei

Bauschule Rastede i. O.

von C. Rohde, Progr. frei. Polierkerse und Vorbereit. auf die Meisterprüfung

Honig billiger!

10-Pf.-Teigl., gar. natur., echt. goldg. Biene-Blüten-Schleuder-Honig 7,90 A. Porto extra. Best. Sie sof. Honigzentrale Nordmark, Pinneberg 62, Holst. Viellob. Anek. Gar. Zurückk.

Keil Das Bauwert

Billige böhm. Bettfedern

nur reine, guttillende Sorten

Ein Kilo graue geschlammene 3 A., halbweiß 4 A., weiß 5 A., bessere 6 A., 7 A., dannenweiß 8 A., 10 A., beste Sorte 12 A. 1 A., welche ungeschlammene 12,50 A., 2,50 A., beste Sorte 11 A. Versand portofrei, zahl- frei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sechel, Luebs Nr. 9 bei Pilsen, Böhmen.

Fahre und spare

Nicht nur tolle Räder sind zuverlässig. Ich führe nur ausserprobte Qualitäten u. letzte bis zu 6 Jahren Garantie. Lieferung meiner bekannten **Multiplax** und **Monopol-Fahrer** schon bei Maß 10.- Anzahlung und **M. 2.50 Wochenraten**

Mein Spezialrad nur gegen bar Mark 38.-, Luxusrad 3 Jahre Garantie, Freilauf mit Rücktritt, elektr. Lampe, Glocke, Pumpe Mark 48.- und Mark 75.- bar. Fahrrad-Zubehör billigst. Tausende Kunden sind begeistert über meine Leistungen. Versand überall hin. Verpackung fr. schin. gr. **Schlawe, Berlin N. 502 WEINERSTR. 4**

Opernglas

herri. Fernsicht, vorzögl. Vergrößerung, Berung, stabiles Metallgehäuse u. gute Linien. Durch Mitteltrieb für jedes Auge einstellbar. Für Theater, Kino, Sport, Rennen, Ausflüge, im Eitel. u. G. Genteiln. -Aufstellung. enth.: 1 Sicherheit-Füllfederhalt. m. gar. 14-kar. pl. Goldfeder, mod. gem.; leleg. Drehbleist., ebenfalls gem. 2 passend. Klips; 2 Ersatz-Goldfed., 14-kar. pl. u. 3 Reservem. f. d. Drehbleistift. D. Ganze a. l. Eitel. kostet zus. nur **6,15 RM.**

portofr. p. Nachnahme. Gar. f. j. d. Stel., da vor dem Versand. Prüfungserfolg. Stg. recell. Angebot, sonst Geld zurück.

Walter Noske
 ● Bernburg a. S. 4.

Berufs- u. Sportbekleidung,

Werkzeuge, Teakholz, Wasserragen, "Teaklin", Schlapphüte, Isländer. Preisliste gratis.

Mechanische Kleiderfabrik **Versand, Fritz Ulrich** Altona-Elb 7, Gustavstr. 58-60.

Wilhelm Pahr

jezt: Berlin, Brunnenstraße 78

Realste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerupft m. voll. Daunem. dopp. gereinigt, 2,50, dies. beste Qual. 3,50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.-, 7. Daunem. 6,75, gerein. gereinene Federn m. Daun. 4.- u. 5.-, hoch. prim. 5,75, altert. 7,50, in Volldau. 9.- u. 10,50. F. reelle, staubfr. Ware Garantie. Vera. geg. Nachn. ab 5 Bld. portofr. Nichtgeh. nehme auf meine Kosten zur. **Willy Manteuffel, Gänsemaß, Geogr. 1852, Neutrebzin 5 b (Eberdr.)**

Das amerikanische Sportheim "Jonny"

aus fausch. olivgrün. Dopp. entstoff. prima Qual., 5,50 A. Kragegröße angeben. Versand p. Nachnahme. Cowboypf. br. Land. 9,75 A. **Fr. Marcus, Frankfurt Oder Nr. 34, Fürstendalstr. 12.**

Trinke Kaffee

nur von **Westphal**

Gerösteter Kaffee

reinschmeckend, frisch ge. 275 löst. Pfund
 6 Pfund portofrei zur Probe.
Westphal-Mischung Pfd. 2.4 0,78
Kaffee-Ersatz-Mischung, Bleichd. m. ca. 8% Pfd. Inhalt portofrei 2.4 0,60
 Versand portofrei gegen Nachnahme. Bei Nichtgefallen Zurücknahme.

Gustav Westphal Geogr. 1897
 Altona 114 - Hamburg

Fahrräder

Wir liefern Ihnen erstklassige von organis. Arbeitern im eigenen Betrieb aus den allerbesten Rohmaterialien mit äußerster Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch gegen Teilzahlung. Bei Barzahlung 10 Prozent Kassenskonto.

Verlangen Sie bitte unseren Spezialkatalog gratis **Fahrradhaus Frischluft, Offenbach a. M.**

Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Größte Produktion der Welt!

Opel